


7 Fragen an Kandidatinnen und Kandidaten zur Bundestagswahl 2013

**Gleicher Lohn und gleiche Rechte bei jeder Teilzeitarbeit!
Existenzsicherung für Frauen – mit Entgeltgleichheit und sozialer Sicherung – statt Minijob**

Eine Aktion der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen (BAG)
und des Deutschen Frauenrates (DF) zur Bundestagswahl 2013

	<p>Name: Volker Möll Partei: Bündnis90/Die Grünen Wahlkreis: Helmstedt-Wolfsburg (51)</p>
<p>Fragen:</p>	<p>Antworten:</p>
<p>1. Was halten Sie von der geringfügig entlohnten Beschäftigung (Minijob) als Arbeitsmarktinstrument?</p>	<p>Die sog. Minijobs sind seinerzeit während der Rot-Grünen Bundesregierung eingeführt worden, da man gerade Frauen aus der Schwarzarbeit und den damit verbundenen sozialen Nachteilen herausholen wollte. Dies entsprach auch einer damaligen Forderung vieler Frauenverbände. Es hat sich jedoch gezeigt, dass die geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse für Frauen nicht in gesicherte Arbeitsplätze führen, sondern eine arbeitsmarktpolitische Sackgasse geworden sind. Wir wollen daher umsteuern und langfristig derartige Nebenverdienste nur noch für Schülerinnen und Schüler, Studierende und Rentnerinnen und Rentner ermöglichen.</p>
<p>2. Wissen Sie, wie viel ein Jahr Arbeit im Minijob mit einem Verdienst von 300 € / Monat an monatlicher Rente heute einbringt?</p>	<p>2,40€ <input checked="" type="radio"/> 3,40€ <input type="radio"/> 4,40€ <input type="radio"/> 2,40 € Der Minijob ist daher eine Armutsfalle, die sich</p>

	spätestens im Alter auswirkt.
3. Sollte der Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ auch für Minijobs gelten?	<p>Ja <input checked="" type="radio"/></p> <p>Nein <input type="checkbox"/></p> <p>Ja, in einem ersten Schritt wollen wir die Situation der jetzigen Minijob-Beschäftigten sofort spürbar verbessern, in dem ein gesetzlicher Mindestlohn eingeführt wird, eine maximale Stundenbegrenzung eingesetzt wird und die Ausstiegsklausel aus der Rentenversicherung gestrichen wird.</p>
4. Wie setzen Sie sich für die soziale Sicherung ab dem 1. Euro ein?	In einem zweiten Schritt werden wir den gesamten Niedriglohnsektor umfassend reformieren. Dafür wollen wir gezielt kleine Einkommen entlasten, so dass es sich lohnt mehr zu arbeiten, ohne dass es zu unzumutbaren Mehrbelastungen der ArbeitnehmerInnen kommt. Durch gleichzeitig gestärkte vorgelagerte soziale Sicherungssysteme wird nicht nur der Ausstieg aus dem ALG II Bezug erleichtert, sondern auch die Kommunen deutlich finanziell entlastet.
5. Was halten Sie von der Steuerklasse V?	<p>Finde ich schlecht, weil sie die eigenständige Existenzsicherung gerade von Frauen behindert, in dem sie das Signal aussendet, dass sich sozialversicherungspflichtige Arbeit kaum lohnt.</p> <p>Finde ich gut, weil</p>
6. Warum arbeiten Frauen Ihrer Meinung nach in Minijobs?	Viele Frauen möchten mittlerweile nicht mehr in Minijobs arbeiten, da ein einziger auch meistens für den Lebensunterhalt nicht reicht. Für zahlreiche Betriebe ist die Einrichtung mehrerer Minijobs jedoch günstiger, als die Einrichtung von regulären Arbeitsplätzen, so dass gerade in unserer Region viele Frauen nur noch Minijobs finden.
7. Welche Alternative sehen bzw. wünschen Sie sich zu den Minijobs?	Der Anstieg der prekären Beschäftigungen hat nicht nur für die Beschäftigten negative Auswirkungen, sondern auch Folgen für die Arbeitswelt insgesamt. Wir fordern daher einen flächendeckenden gesetzlichen Stundenlohn von mindestens 8,50 €, ein Entgeltgleichheitsgesetz und Änderungen in den Sozialversicherungen. Die Arbeitslosenversicherung soll zu einer Arbeitsversicherung umgebaut werden, in die auch flexibel Beschäftigte und Solo-Selbständige aufgenommen werden.